Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränumerando frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt"
(Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.
Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 30 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7501.

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 59 Halle a. S., Freitag, den 11. März 1898 9. Jahrg.

Der Kandidat für die Gemeinderats-Wahl in Trotha ist Milchhändler Wilhelm Banse.

Chronik auf das Jahr 1848.

11. März. Abermals tagt die **Berliner** Stadtverordneten-Versammlung. Man beschließt, eine sehr gemäßigte Adresse an den König zu schicken. Außerdem wird die Bildung der bürgerlichen Schutzwache beschlossen. Die übliche Versammlung an den Zeiten ist schon sehr stark besucht. Die Studenten schicken eine besondere Adresse ab.

Auch die Stadt **Kassel** war in eine gewaltige Bewegung geraten. Der Kurfürst hatte die ihm als letzte Frist von den Hanauern gesetzte Mittagsstunde ohne Bewilligung verstreichen lassen. Große Menschenmassen wogten in den Straßen. Schon haben die Hanauer Abgesandten ihre Wagen wieder bestiegen, um den ablehnenden Bescheid und damit den Bürgerkrieg in ihre Heimat zu tragen, als sich die Volksmassen in Kassel ins Mittel legen. Sie spannen den Hanauern die Pferde aus und beschwören die Abgesandten noch einen letzten Versuch beim Kurfürsten zu machen. Als die Audienz verzögert wird, stürmen Steinmassen durch die Fensterscheiben ins kurfürstliche Schloß. Die Sturmglocken werden geläutet. Endlich werden die Abgesandten ins Schloß gerufen und ihnen die Erfüllung sämtlicher Volkswünsche zugebilligt.

In dem aufgeregten **Leipzig** werden große Militärmassen zusammengezogen und gleichzeitig rücken preußische Truppen in der Nähe von Leipzig an die sächsische Grenze. Der Minister v. Carlowitz erscheint in Leipzig, um die Ruhe wieder herzustellen. Er überzeugte sich aber wohl von der Stärke der Leipziger Bewegung und kam zu der Ansicht, daß Sachsen allein nicht im stande sei, den Gang der Weltgeschichte zu hemmen.

In **Göttingen** läßt an diesem Tage der hannoversche Polizeidirektor Heise durch berittene Gendarmen in eine vom Kommers nach Hause gehende Studentenschar einhauen, wodurch mehrere erheblich verwundet werden. Es wird behauptet, der Polizeidirektor habe die Gendarmen vorher trunken gemacht, damit sie sich den nötigen Mut antrinken. Dies rief die größte Empörung hervor. Die „Georgia Augusta" verlangte amtlich Genugthuung, Ahndung und Bestrafung des Polizeidirektors, und ebenso wie von der Universität, ging eine Deputation der Bürgerschaft beschwerdeführend nach Hannover. Die Deputation wurde jedoch ebenfalls nicht vorgelassen und die verlangte Genugthuung verweigert.

Die **Wiener** Bürgerschaft bedeckt eine an die nieder österreichischen Stände gerichtete Adresse mit Tausenden von Unterschriften. Sie enthält die Hauptpunkte der Märzforderungen, Veröffentlichung des Staatshaushalts, periodische Berufung ständischer Vertretungen mit Steuerbewilligungsrecht und Teilnahme an der Gesetzgebung, Preßfreiheit, öffentliches Gerichts- und Verwaltungsverfahren, Aenderung der Stadt- und Gemeindeverfassung. Am demselben Tage unterzeichnen auf der Aula der Universität mehr als 2000 Studenten eine Adresse der Studentenschaft an den Kaiser.

Die **Sizilianer** waren mit der Verfassung des Königs Ferdinand nicht zufrieden. Zur Beilegung des Zwistes hatte England seine Vermittelung angeboten und Lord Minto, Mitglied des englischen Kabinetts, war in Palermo eingetroffen und unterhandelte mit den Aufständischen. Am 11. erhielt er ein Ultimatum, wonach zwar das König anerkannt, Sizilien aber eigenen Vizekönig, eigene Verfassung und eigenes Min sterium verlangte. Minto empfahl, angesichts der drohenden Haltung der Sizilianer, in Neapel die Annahme.

Deutscher Reichstag.

Auf der Tagesordnung standen die Anträge des Zentrums und der Freisinnigen Volkspartei auf gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine. Schon vor acht Tagen, am letzten Schwerinstag, war die Beratung begonnen worden, heute wurde noch ein ganzer Tag damit gewendet und obwohl die Diskussion fünf volle Stunden währte, kam man nicht mit der ersten Beratung zu Ende. Hoffentlich trudert das nicht, daß die Anträge noch in dieser Session in zweiter und dritter Beratung erledigt werden. Es wäre wirklich schade, wenn auf diese Weise der Bundesrat sich um die Frage herumdrücken könnte und nicht Farbe zu bekennen brauchte.

Die heutige Debatte war sehr ausgiebig. Zuerst sprach der bekannte Großindustrielle der nationalliberalen Partei, der Baron Heyl zu Herrnsheim, der von neuem den Nachweis erbrachte, daß er und seine engeren Freunde in der Fraktion sich schon völlig zu den Ansichten eines Stumm bekehrt haben. Er bekämpfte die Anträge, wie jede einseitige Arbeiterorganisation und schwärmte angeblich im Interesse des sozialen Friedens für gemeinschaftliche Organisationen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Nach ihm bestieg unser Genosse v. Elm die Tribüne zu einer zweistündigen Rede. Er ging überaus gründlich zu Werke und führte reiches statistisches Material vor. Seine Ausführungen hätten jedem wissenschaftlichen Hörsaal zur Zierde gereicht, sie bildeten nebenbei eine glänzende Abfertigung der nenlichen Rede des Abg. v. Stumm. Genosse v. Elm wies überzeugend die großen Leistungen der Gewerkvereine auf dem Gebiet des Unterstützungswesens nach und gab ein anschauliches Bild der Gewerkvereinsverhältnisse in England. Aus einem eigenhändigen Brief von Sidney Webb konnte er Herrn von Stumm nachweisen, daß alles, was dieser über den englischen Sozialpolitiker und seine Stellung zu den Gewerkvereinen gesagt hatte, reinste Flunkerei gewesen war.

Reiches statistisches Material führte v. Elm auch aus Amerika an, um den Segen der Berufsorganisationen für die Arbeiter zu erweisen. Spaßhaft war dabei die Unterbrechung des Redners seitens des freisinnigen Vizepräsidenten Schmidt, der die Bestimmung der Geschäftsordnung, die das Verlesen von Reden verbietet, auf das Verlesen von statistischen Zahlen ausdehnen wollte. Nach dem Genossen v. Elm sprachen die Abg. Jakobskötter und Hitze. Des letzteren Rede bildete eine scharfe Polemik gegen Herrn v. Stumm, der nun wohl am nächsten Schwerinstage noch einmal zu Worte kommen wird. Morgen steht das Gesetz betreffend die freiwillige Gerichtsbarkeit und die Novelle zur Dampfersubvention auf der Tagesordnung.

* * *

58. Sitzung vom 9. März.

Die vor zwei Wochen begonnene erste Beratung der von den Abgg. Dr. Schneider (Freis. Vp.) und Dr. Lieber (Zentr.) beantragten Gesetzentwürfe auf Verleihung der Korporationsrechte an Berufsvereine wird fortgesetzt, nachdem vorher ein schleuniger Antrag der Sozialdemokraten auf Einstellung eines gegen den Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.) schwebenden Privatklageverfahrens angenommen war.

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (natlib.) erklärt sich gegen die Anträge. Zulässig seien nur Berufsvereine, wie sie die kaiserlichen Februarerlasse vorschlagen, obligatorische Organisationen, denen Unternehmer und Arbeiter gemeinsam angehörten. Nur solche gemeinsamen Organisationen können den sozialen Frieden fördern, Streiks verhüten und die Arbeitslosigkeit einschränken. Die einseitigen Organisationen schaden den Arbeitern selbst, wie der letzte englische Maschinenbauerstreik gelehrt hat. Die Sozialdemokratie versteht unter Koalitionsfreiheit den Koalitionszwang. Sie erhofft und will von den Gewerkschaften die Ausbildung von Rekruten für den gewerkschaftlichen Kampf. Die Ausnutzung der Gewerkschaften zu politischen Agitationszwecken muß verhütet werden. (Beifall bei den Natlib.)

Abg. **v. Elm** (Soz.): Wenn dem Zentrum an der Verschaffung des Korporationsrechts an die Berufsvereine wirklich etwas liegen würde, dann hätte es bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches die Macht dazu gehabt. Die Regierung hätte einwilligen müssen, da ihr an dem Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches viel lag. Das Zentrum sollte also jetzt eine bescheidenere Sprache führen. Der Grundgedanke dieser Anträge ist uns äußerst sympathisch. Es ist dagegen eingewendet worden, für die Arbeitgeber sei kein Bedürfnis nach einem solchen Gesetz vorhanden es hätte nur Bedeutung für die Arbeiter. Demgegenüber muß auf die Wirkung des französischen Gesetzes über die Berufsvereine verwiesen werden. Dort haben sich auf Grund dieses Gesetzes eine große Anzahl von Unternehmersyndikaten gebildet, die eine größere Anzahl Mitglieder umfassen, als die Arbeitersyndikate. Ferner wird gegen die Anträge eingewendet, wir brauchten ein solches Gesetz bei uns nicht, weil hier die sozialpolitische Gesetzgebung hinlänglich für die Arbeiter gesorgt habe. Was hat die sozialpolitische Gesetzgebung aber geleistet? Die Krankenkassen zahlen so geringe Unterstützungen, daß die Arbeiter selbst Zuschußkassen gegründet haben; auch eine ganze Reihe von Gewerkschaften zahlt solche Zuschüsse. Dann die Altersrente. 90 Proz. der Arbeiter werden überhaupt nicht 70 Jahre alt, für sie ist diese noch dazu unzureichende Hilfe von 33½ Pf. pro Tag gar nicht vorhanden. Aus diesem Grunde zahlen auch die Gewerkschaften keine Altersrente. Auch die Invalidenrente genügt so wenig, daß einige Gewerkschaften von sich aus Unterstützungen einführen mußten. Bleibt noch die Unfallversicherung, die gleichfalls ungenügend ist. Den Gewerkschaften ist die Fürsorge für die große Zahl der Arbeitslosen überlassen, für die der Staat nicht sorgt. Eine große Zahl der Gewerkschaften zahlt Arbeitslosen Unterstützung in Form von Reiseunterstützung für beschäftigungslose, auf der Wanderschaft begriffene Arbeiter, einige gewähren auch den Arbeitslosen am Ort Unterstützung. Kolossal sind die Leistungen der englischen Gewerkvereine. Während 5 Jahren haben sie über 47 Mill. M. für Arbeitslose ausgegeben, über 39 Millionen für Kranke, über 13 Millionen für Invaliden, über 12 Millionen bei Todesfällen und über 8 Millionen für sonstige Unterstützungen. Für Streiks haben sie in diesen Zeitraum etwas über 29 Millionen verausgabt, also keine 20 Proz. der Gesamtausgaben. Wie steht es damit in Deutschland, wo im ganzen angeblich ½ Million Arbeiter organisiert sind gegen 1¼ Million in England. In Deutschland sind im ganzen in Gewerkvereinen organisiert an 550 000 Arbeiter. Dazu kommen noch die evangelischen und katholischen Arbeitervereine, in denen es freilich eine Menge Nichtarbeiter giebt. Das Vermögen dieser deutschen Vereine betrug im Jahre 1896 etwa 3 Millionen Mark. Für Unterstützungen sind in den Jahren 1892—96 5½ Millionen verausgabt, für Streiks dagegen 1½ Millionen. Die Zahlen beweisen, daß die deutschen Gewerkschaften nicht nur Streikorganisationen sind, sondern auch Gewaltiges auf dem Gebiet des Unterstützungswesens leisten. Hätten sie mehr Freiheit, sie würden diesen Zweig noch mehr entwickeln. Die leisten schon jetzt mehr als die sogenannten reichs-sozialen. Bravo links.) Das Interesse der Gesamtheit erfordert es, daß der Arbeiter konsumtionsfähiger wird und die Berufsvereine könnten das erreichen wenn sie nicht immer wieder unterdrückt würden. In England hat man das erkannt, dort ist in den Staatswerkstätten auch die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, die Arbeitergenossenschaften erhalten Staatslieferungen und der Staat fährt gut dabei. Herr v. Stumm sagt, der letzte Maschinenbauerstreik habe die ganze Stimmung in England geändert.

Da Herr v. Stumm auf diese Behauptung großen Wert gelegt hat, muß ich auf den Maschinenbauerstreik eingehen und einige Unrichtigkeiten widerlegen. Tom Man ist kein beliebiger außenstehender Herr, der die Arbeiter verführt hat, sondern ist selbst Maschinenbauarbeiter und Mitglied des Maschinenbauarbeiter-Verbandes, damit fallen alle Schlußfolgerungen Stumms. Die Forderungen der Maschinenbauer auf Verkürzung der Arbeitszeit waren zweifellos berechtigt, eine andere Frage ist, ob es praktisch war, die Forderung gerade damals zu stellen. Herr v. Stumm hat dann eine Resolution der Labour Organisation angeführt, die die bisherige Taktik verurteilte. Diese Labour-Organisation ist mit dem Gelde von Fabrikanten gegründet, wird noch von dieser unterstützt und erbot sich z. B., beim Hafenarbeiterstreik Streikbrecher zu stellen. Von dieser Seite ist eine solche Resolution allerdings etwas ganz Natürliches, ihr Weizen blüht ja erst, wenn es den andern Arbeitern schlecht geht. (Sehr richtig! links.) Weiter hat Herr v. Stumm jedoch behauptet, das Ehepaar Webb habe sich dahin geäußert, daß die Hauptaufgabe der Gewerkschaften die gute Versorgung ihrer Führer sei. Ich habe eine derartige Aeußerung nicht finden können. Ich protestiere im Namen der deutschen Arbeiter gegen diese Behauptung, glauben Sie doch nicht, daß man durch bezahlte Leute eine Bewegung leiten kann, wie es die sozialdemokratische Partei ist. (Beifall bei den Soz.) Sidney und Beatrice Webb haben sich in ihrem Werke „Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine" ganz im Gegenteil durchaus rühmend über die einzelnen Gewerkschaftsleiter ausgesprochen. — Herr v. Stumm hat auch von der enormen Vermehrung des Nationalvermögens gesprochen, die durch den Streik verursacht worden sei. Demgegenüber bemerkt Sidney Webb in einem Artikel, daß der durch die achtmonatliche Arbeitsruhe verursachte Schaden ungefähr die Höhe der Gesamtarbeit der Nation an einem Tage erreiche. Der Tag also, welcher aus Anlaß des Regierungsjubiläums der Königin Viktoria gefeiert worden ist, hat England dasselbe an Nationalvermögen gekostet, wie der Maschinenbauerstreik. (Hört, hört! links.) Webb wendet sich ferner auch direkt gegen Herrn v. Stumm: „Baron Stumm in Deutschland und einige andere Großkapitalisten werden ja wissen, daß die Rückkehr zur alten Praxis der individuellen Regelung des Arbeitsverhältnisses auf keinen Fall mehr möglich ist". Wir glauben ja nun nicht, daß Herr v. Stumm je zu dieser Einsicht gelangen wird. Die von Herrn v. Stumm zitierte Broschüre habe ich also nicht finden können; ich habe mich daher direkt an die Webbs gewandt und von ihnen heute einen Brief erhalten, in dem es heißt, daß an den Behauptungen des Herrn v. Stumm nichts Wahres ist, daß der Streik sie in ihren Anschauungen über der Notwendigkeit der Gewerkschaften nur bestätigt habe. (Hört, hört! links.) Ich frage Sie nun (mit erhobener Stimme), ist es nicht eine unerhörte Leichtfertigkeit, wenn nicht Schlimmeres, wenn hier Herr v. Stumm so total aus der Luft gegriffene Behauptungen aufstellt? (Ironischer Zuruf: lauter! Redner unbeirrt:) Mir fehlt der parlamentarische Ausdruck um eine solche Handlungsweise gebührend zu kennzeichnen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

All das Große, das die englischen Gewerkschaften erreicht, würde sich auch bei uns zeigen, wenn man sie nur ruhig sich würde entwickeln lassen. Man bekämpft die Streiks nicht dadurch, daß man die Organisationsbestrebungen der Arbeiter unterdrückt, sondern dadurch, daß man die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert. In Frankreich haben dies die Arbeitgeber selbst erkannt und ihrem Verdienst ist es nicht zum mindesten zuzuschreiben, daß dort das Gesetz betr. die Berufsvereine, 1884 zur Annahme gelangte. Und in Deutschland sucht man noch 1898 die Koalitionsfreiheit zu unterdrücken!

Herr v. Stumm hat nun zum Beweise der Schädlichkeit der Organisationen für die Arbeiter selbst vor allem auf Amerika exemplifiziert. Er hat aber in Bezug auf die Angaben der Enquetekommission vollständig falsch berichtet. Aus den nicht zu widerlegenden amtlichen Zahlen ersieht man, daß die amerikanischen Arbeiter in weitaus besseren Einkommensverhältnissen sich befinden. Außerdem sind die Nahrungsmittel dort viel billiger, da sie nicht, wie bei uns, mit Zöllen belastet sind. Redner verliest zum Beweis seiner Behauptungen statistische Auszüge aus den amtlichen amerikanischen Berichten. Es wird dort ausdrücklich konstatiert, daß durch die Arbeiterorganisationen eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeigeführt worden ist. Wenn man die Löhne der amerikanischen Paupers mit denen unserer Armen vergleicht, so sieht man, daß sie bei uns nicht so viel Mark verdienen als jene Dollars. In Amerika sind die Löhne der organisierten Arbeiter doppelt so hoch, wie diejenigen der unorganisierten. Das ist auch die Folge des Wirkens der Gewerkschaften, die für qualifizierte Arbeit höhere Bewertung errungen haben. Was nun die Gewaltthätigkeiten bei Streiks anlangt, so werden diese bedauerlichen Vorkommnisse von den Herren rechts immer stark übertrieben. Herr v. Stumm, der gar viel von Gewaltthätigkeiten bei englischen Streiks zu erzählen wußte, konnte keinen einzigen solchen Fall aus dem letzten großen Maschinenbauerstreik anführen. Daß nichts vorgekommen ist, liegt an der guten Organisation der Arbeiter. Die Gewaltthätigkeiten bei amerikanischen Streiks werden, wie schon Herr Röricke treffend ausgeführt hat, von den Pinkertons hervorgerufen, die bekanntlich zu diesem Zwecke von den Arbeitgebern gedungen werden. Die Unternehmer wissen ganz gut, daß sich die Arbeiter von den Pinkertons nicht verprügeln lassen, sondern wieder bauen und wenn dieses Gesindel ordentlich verhauen wird, geschieht ihm recht. (Heiterkeit.) Gewaltthätigkeiten kommen bei uns meist nur dann vor, wenn sich die Polizei unbefugt einmischt und dadurch die Erbitterung ins Ungemessene steigert. (Sehr richtig! links.) So war es auch beim letzten Hamburger Hafenarbeiterstreik. Wenn die Führer nicht zur Ruhe gemahnt hätten, den Polizisten, die die Arbeiter Bande und Lumpenpack nannten, wäre es ebenso ergangen. Aber glauben Sie die starken Schauerleute wären nicht mit den paar bewaffneten Polizisten fertig geworden? Die unsinnige Haltung der Polizei veranlaßte einen kleinen Straßenkampf. Ein Streikbrecher hat auf die Streikenden geschossen, die Streikenden haben den Revolver verprügelt, dann gründlich verhauen. Graf Posadowsky wird diesen Fall nicht für sein Streikgesetz gebrauchen können. (Sehr richtig! links.) Genügen nun die vorliegenden Anträge? Sie enthalten viel überflüssige Organisationsbestimmungen. Ein Vorzug des Lieberschen Entwurfes ist die Bestimmung, daß die Berufsvereine sich mit Fragen der Gesetzgebung beschäftigen dürfen. Nur dann können sie segensreich wirken. Sie bleiben trotzdem wirtschaftliche Vereinigungen, die mit bestimmter Parteipolitik nichts zu thun haben. Trotzdem können wir für den Antrag Lieber nicht stimmen, weil er die Eintragung der Vereine nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch vorsieht. Jeder arbeitgeber könnte sich dann mit Leichtigkeit die Liste derjenigen Arbeiter verschaffen, die den Gewerkvereinen an-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980311-14/fragment/page=0001

gehören. Das muß verhindert werden. (Sehr richtig! links.) Bei der zweiten Beratung werden wir den Antrag Schneider, dem wir den Vorzug geben, zu erweitern suchen. Die Kautschukbestimmung aus § 18 des Entwurfs muß hinaus, die die Auflösung des Vereins zuläßt, wenn er das Gemeinwohl gefährdet.

Vizepräsident **Schmidt** (Freis. Volksp.) macht den Redner darauf aufmerksam, daß die Benutzung eines Manuskriptes nicht gestattet sei.

Abg. v. **Elm** erwidert, daß dies bei dem Vortrag statistischen Materials unvermeidlich sei und schließt: Ein Gesetz über die Berufsvereine ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Das in kleinen Beiträgen aufgebrachte Eigentum der Arbeitervereine muß ebenso privatrechtlich geschützt sein, wie anderes Eigentum. Wenn Sie Gerechtigkeit üben wollten, so hoffen wir, daß durch unsere Mitarbeit ein Gesetz zu stande kommt, von dem weite Kreise der Bevölkerung und auch die Arbeiter Vorteil haben. (Lebh. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Jakobskötter** (kons.) kann ein Bedürfnis für die Verleihung des Korporationsrechtes an die Berufsvereine nicht zugeben. Einzelne Organisationen seien überhaupt vom Uebel. Unternehmer und Arbeiter müßten in demselben Vereine sein. Unter dem Terrorismus einseitiger Arbeiterorganisationen würde das Handwerk ungeheuer leiden. Schon heute beherrscht der sozialdemokratische Terrorismus die Fabrikarbeiter vollständig. Die Arbeiterorganisationen genießen jetzt schon viel zu viel Rechte. Der Einfluß der Gewerkschaft ist nicht erzieherisch, sondern vergiftend, sie schüren zu Streiks, die das Aufblühen der Industrie verhindern. Das alte patriarchalische Verhältnis muß wieder hergestellt werden. Redner empfiehlt Einigungsämter.

Abg. **Hitze** (Zentr.): Wer es ehrlich meint mit dem Koalitionsrechte, muß den Gewerkschaften die privatrechtliche Sicherung durch das Korporationsrecht geben. Das ist kein Privilegium für die Gewerkschaften, dies Recht soll allen Berufsgruppen gegeben werden. Mißstände in den Arbeiterverhältnissen hat auch Herr v. Stumm eingeräumt. Die beste Bekämpfung dieser Mißstände sehen wir in der gesetzlichen Anerkennung der Berufsvereine. Den Sozialdemokraten liegt an dem Gesetze nichts, wenn es geschaffen wäre, sie sind bloß dafür, weil es noch nicht da ist. Die Sozialdemokraten sind so durchtrieben — im guten Sinne (Heiterkeit.) — daß sie das Gesetz nicht brauchen; sie haben ihre Gewerkvereine. (Ruf links! Die sind nicht politisch.) An der Spitze stehen doch dieselben Leute, die auch in der politischen Bewegung an der Spitze stehen. In den Vorstand kommen nur Sozialdemokraten. Herr v. Stumm wirft aber alle in einen Topf. Er sollte unterscheiden, scharf unterscheiden, das ist eine Forderung der einfachsten Gerechtigkeit. (Herr v. Stumm schwenkt ab während die Raumannsche „Hilfe“). Die Forderung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit ist nicht revolutionär. Der Arbeiter braucht die Organisation, um die Konjunktur auszunutzen und seine Arbeitskraft so gut als möglich zu verwerten. Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern ist ja nicht ausgeschlossen.

Hat der Arbeiter das Gefühl, der Unternehmer sorgt für ihn, so wird er nicht streiken. Was den Gedanken einer gemeinsamen Organisation von Arbeitern und Unternehmern anlangt, so haben wir ihn ja bei der Arbeiterversicherung zum Ausdruck gebracht. Eine solche Organisation ist ein alter Wunsch des Zentrums. Wir sind auch heute noch für Arbeitskammern, in denen Arbeiter und Unternehmer zusammensitzen, und ich glaube, auch die Sozialdemokraten sind dafür. (Abg. Bebel: Gewiß.) Neun Zehntel aller Streiks könnten dann vermieden werden. Trotz der Arbeitskammern werden sich manche Arbeiter aber auch selbständig organisieren wollen. Das müssen wir ihnen erlauben. Auch Herr v. Berlepsch war dieser Ansicht. Herr v. Stumm sagt freilich, Berlepsch ist abgegangen und nicht mehr maßgebend. Ja, war diese Ansicht der Grund seines Rücktritts? Die Frage der Regelung der Berufsvereine ist in den kaiserlichen Erlassen verheißen und mit diesen hat sich auch Fürst Hohenlohe, der noch im Amte ist, einverstanden erklärt. Wir können uns also auf ihn berufen. Die englischen Gewerkvereine sind mit Unrecht scharf kritisiert worden. Weil die englische Regierung ihnen keine Schwierigkeiten in den Weg legte, hat die Sozialdemokratie in England keinen Boden fassen können. Daß der englische Arbeiter seine Interessen rücksichtslos vertritt, kann man ihm nicht zum Vorwurf machen. Gerade die englischen Erfahrungen zeigen uns, daß die Berufsvereine ein Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sind. Wenn unser Antrag noch nicht Gesetz werden sollte, die öffentliche Meinung wird unsere Thätigkeit mit Genugthuung begrüßen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. Frhr. **v. Stumm**, daß er allerdings Herrn Sidney Webb einige Worte in den Mund gelegt habe, die dieser nicht gebraucht habe. Er hätte seinen Irrtum auch ohne die Aufforderung des Herrn v. Elm berichtigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Dritte Beratung des Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit. Zweite Beratung der Postdampfersubventions-Novelle.

Schluß 6¼ Uhr.

Tagesgeschichte.

Der Wahltermin für den Reichstag ist, wie ganz bestimmt verlautet, **zwischen dem 15. Juni und dem 1. Juli** geplant. Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus sollen dagegen erst im Herbst stattfinden.

Da der gegenwärtige Reichstag am 15. Juni 1893 gewählt worden ist, so läuft die Wahlperiode dieses Reichstages am 15. Juni 1898 ab. Bei der Ansetzung eines Termins vor dem 15. Juni hätte daher eine Auflösung erfolgen müssen. Pfingsten fällt in diesem Jahre auf den 29. Mai; der 15. Juni ist der dritte Mittwoch nach Pfingsten.

In der gestrigen Fraktions-Sitzung des Zentrums über das Flottengesetz sind Beschlüsse noch nicht gefaßt worden; jedoch ist die Generaldebatte beendet. Die Beschlüsse sollen heute abend gefaßt werden. Wie verlautet, haben die von Müller-Fulda und Lieber abgegebenen Erklärungen allgemein befriedigt. — War auch nicht anders zu erwarten.

Das Sexennat, welches auf Antrag der Zentrumspartei für die Flottenbeschaffung im Flottengesetz eingeführt wird, hat sofort zu Mehrkosten im Etat für 1898 Veranlassung gegeben. Nach Maßgabe der Nachforderungen der Regierung muß das Ordinarium des Marineetats über den Etatsverbrauch hinaus um 129 652 Mk. erhöht werden behufs größerer Personalvorstärkung um 189 Deckoffiziere, Maaten und Matrosen, zwei Ingenieure, 2 Aerzte u. s. w.

Wo bleibt Preußen? Der anhaltische Landtag hat das Gesetz auf Beseitigung des Verbindungsverbots von Vereinen einstimmig ohne Kompensationen angenommen.

Die Kommission für die Privatdozenten-Vorlage hat am Dienstag im Abgeordnetenhause die zweite Lesung vorgenommen. Die §§ 1 bis 5 wurden in der Fassung erster Lesung beibehalten. Als § 5a war in erster Lesung ein Antrag Friedberg angenommen worden, wonach gegen die Entscheidung der Fakultät das Oberverwaltungsgericht zulässig sein sollte. Der Kultusminister trat lebhaft für die Regierungsvorlage und die Berufung an das Staatsministerium ein. Das preußische Disziplinargesetz genieße seit seinem fünfzigjährigen Bestehen in Beamtenkreisen wohlverdientes und unbegrenztes Vertrauen, namentlich deshalb, weil das Staatsministerium fast in allen Fällen zu einer milderen Auffassung gelange als der Disziplinargerichtshof. Die Regierung wünsche auch nicht, die Privatdozenten anders als die Professoren behandelt zu sehen. Schließlich wurde der Beschluß der ersten Lesung zu § 5a verworfen und dafür ein neuer Antrag angenommen, dahingehend, daß auf Antrag des Angeschuldigten mündliches Verfahren stattfinden soll, ein Mitglied der Universität zugezogen werde und der Angeschuldigte bei der mündlichen Verhandlung einen Rechtsbeistand nehmen kann. In dieser Fassung wurde § 5a mit 10 gegen 4 Stimmen angenommen und nach Annahme der weiteren Paragraphen das ganze Gesetz mit 13 gegen 1 Stimme.

Zur Freiheit der Wissenschaft. Eine schwarze Liste über mißliebige Privatdozenten scheint man seitens der verbündeten Regierungen anzulegen, wie folgende Notiz beweist, die zur Kenntnis des Vorwärts gekommen ist:

„Die Bundesregierungen verpflichten sich gegen einander, Universitäts- und andere öffentliche Lehrer, die durch erweisliche Abweichung von ihrer Pflicht oder Ueberschreitung der Grenzen ihres Berufs, durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüter der Jugend, durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren ihre Unfähigkeit zur Verwaltung des ihnen anvertrauten wichtigen Amtes unwiderleglich an den Tag gelegt haben, von den Universitäten und sonstigen Lehranstalten zu entfernen.“

Die Maßregelung des Pastors Köschke von Sangerhausen beschäftigte am Mittwoch u. a. auch das preußische Abgeordnetenhaus. Köschke ist bekanntlich aus dem Amt ohne Pension entlassen worden, weil er gegen den Gewaltigen an der Saar, den Herrn v. Stumm, einige Worte scharfer Kritik zu äußern gewagt hatte.

Herr Rickert trat in dankenswerter Weise für das Recht der Geistlichen ein, ihre freie Meinung zu bethätigen. Der Minister Dr. Bosse erklärte, der Fall Köschke betreffe eine interne Angelegenheit der evangelischen Kirchenbehörde und gehöre deshalb vor die Generalsynode. Ganz derselben Meinung waren natürlich die Redner der Freikonservativen und Konservativen, mit denen Herr Rickert sich noch weiter herumzuschlagen hatte. Sie alle betrachten es als ganz selbstverständlich, daß ein sozialdemokratischer und auch ein nationalsozialer Geistlicher ihr Amt aufzugeben hätten. Herr Rickert erinnerte daran, daß die Ostelbier nicht das geringste einzuwenden hätten, wenn die Dorfgeistlichen konservative Politik trieben. Das ist eben auch etwas ganz anderes. Das Zentrum lehnte eine Beteiligung an der Diskussion ab, aber auch kein Abgeordneter der Freisinnigen Volkspartei hielt es der Mühe wert, ein Wort zu gunsten der politischen Meinungsfreiheit zu sagen.

Zum Schutz der Reichen gegen flottensteuerliche Gelüste ruft das Berliner Bismarck-Organ die Regierung auf. Wenn der Reichstag den Millionären die Kosten für die Flottenvermehrung auflegen wolle, so dürfte die Regierung dem nicht zustimmen, sondern müsse den Reichstag auflösen. Da es ohne politische Heuchelei einmal nicht geht, so orakelt das Blatt etwas von „Beleidigung“ der Arbeiter, wenn sie nicht zu der Flottenvermehrung ihr Scherflein beitragen sollten und was dergleichen Verrücktheiten noch mehr sind. „Wir glauben,“ — sagt das „Bismarckblatt“ mit komisch drohender Geberde, — „nicht soll zu gehen in der Annahme, daß jeder Versuch, gelegentlich des Flottengesetzes eine Festlegung der Steuergesetzgebung unter Eingriffen in die Finanzhoheit der Einzelstaaten zu unternehmen, dem einmütigen Widerstande aller deutschen Regierungen begegnen wird. . . . . Ein mit diesem Danaergeschenk (der Schonung des armen Mannes!) belastetes Flottengesetz lehnen wir ab. Dann mögen die deutschen Regierungen die Frage an das Land richten, ob es wehrlos — ehrlos (!!) in die ernsten Zeiten, die sich vor uns entrollen, hineingehen will. Dann wird das Land auch zugleich die Antwort zu geben haben, ob es um fraktioneller Wahlzwecke willen die föderalen Grundlagen der Reichsverfassung und die Finanzhoheit der Einzelstaaten preiszugeben bereit ist.“

Wenn es an den Geldbeutel der Reichen gehen soll, dann zischt das ganze Reptiliengesindel auf. Wozu wären denn die Armen da, wenn nicht zum Bezahlen des Vergnügens, für welches die Reichen sich begeistern! Das war doch bisher neudeutsch preußische Sitte und Ordnung!

Ein Königsurteil über die Reden des Kaisers. Ein Budapester Blatt bringt ein Gespräch, welches vor einigen Jahren der König von Sachsen mit einem anderen, nicht genannten deutschen Fürsten gehabt haben soll. König Albert habe sich über die Persönlichkeit des Kaisers folgendermaßen geäußert:

„Wenn ich selbst einmal auf den Kaiser Ursache hätte, böse zu sein, so würde eine Viertelstunde des Alleinseins mit ihm mich vollkommen mit ihm aussöhnen. Seine Liebenswürdigkeit und der Zauber seiner Persönlichkeit üben einen solchen Eindruck auf den Menschen! Er ist freilich noch sehr jung und hat manchmal das erste Wort. Da er die feste Absicht hat, ein Herrscher zu werden, so wird er bald einsehen, daß es für einen solchen Herrscher, wie er sein will, viel besser ist, das letzte und nicht das erste Wort zu haben.“

Zur Sammlungspolitik. Die Nationalliberalen veröffentlichen jetzt den Beschluß des Zentralvorstandes und der vereinigten Fraktionen ihrer Partei zur Sammlungs-Komödie:

Wir wollen die Politik der wirtschaftlichen Sammlung, welche zum Schutz der nationalen Arbeit die Interessen von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe zu vereinigen und die mittlere, ihnen gemeinsame förderliche Linie zu finden sich bemüht, auf das wärmste unterstützen, können darüber aber die Selbständigkeit unserer Partei, sowie die nationalen, idealen und liberalen Anschauungen, auf denen unsere Partei erwachsen ist, nicht in den Hintergrund drängen lassen.“

Es bietet sich hier das erheiternde Schauspiel, daß jeder Unterzeichner des „wirtschaftlichen Aufrufes“ erklärt, er behalte sich seine Auslegung vor oder er verstehe unter dem Aufrufe etwas anderes wie seine Mitunterzeichner. So sagte kürzlich Bundesdirektor Hahn in Magdeburg:

„Ein kürzlich erlassener Aufruf bezwecke, die Landwirtschaft und die Industrie zu gemeinsamer Wirtschaftspolitik zu vereinigen; trotzdem werde der Bund seine Forderungen voll aufrecht erhalten. Der Aufruf solle aber nicht als Programm für die Wahlen gelten; dazu sei er zu verwässert, zu unklar, da müßten noch andere Forderungen aufgestellt werden.“

Der Bund der Landwirte bleibt ganz natürlich auf seinem Programm stehen: Antrag Kanitz, Doppelwährung, Kündigung der Meistbegünstigungsverträge ꝛc., er sucht diese Zwecke durch den Sammlungs-Aufruf zu betreiben. Und die Nationalliberalen? Sie erblicken in dem nämlichen Aufruf „einen wertvollen Schritt zur Herbeiführung einer Einigung“.

Die Kinder des Millionärs.

Roman von Kristofer Janson.

Autorisierte Uebersetzung von Ernst Brausewetter.

58] (Nachdruck verboten.)

Er wurde vorgerufen und nahm den Zeugensitz ein. Nach den notwendigen Vorfragen, wer er wäre u. s. w., stellte der Anwalt an ihn folgende Fragen:

„Haben Sie dieses Mädchen schon gesehen?“

„Ja, mein Herr!“

„Wo?“

„In Cardiff und Donaldsons Salon.“

„Wann war das?“

„Vor etwas über ein Jahr im Monat November.“

„Hatten Sie etwas mit ihr zu schaffen?“

„Ich brachte die Nacht mit ihr zu.“

Bei einem Teil des Publikums entstand ein Lachen und Kichern, aber George Washington saß unbeweglich und würdig da.

Dina sprang auf, zitternd vor Erregung und schrie auf: „Das ist eine Lüge, jedes Wort ist gelogen!“ aber der Richter bedeutete ihr, sich still zu verhalten.

Dina's Anwalt begann nun ein Kreuzverhör, um George Washington zu Selbstwidersprüchen zu bringen, aber er vermied überlegen alle Fallen und hielt an seiner Behauptung fest.

Es traten dann noch mehr Zeugen auf, zuerst ein Irländer, der erzählte, daß er Dina Nilsen an einem noch schlimmeren Ort getroffen hätte und schließlich die Besitzerin dieses Lokals, ein widerlich aussehendes Frauenzimmer, welches bezeugte, daß Dina Nilsen eine Zeitlang ihr Haus besucht hätte.

Dina war zusammengesunken. Sie lag an der Brust des Vaters und schluchzte. So teuflisch schlecht hatte sie sich die Welt doch nicht vorgestellt. Sie war verkauft, verraten, unwiderruflich verloren und Frank hatte das über's Herz gebracht. Mrs. Walter erhob sich und rief: „Wir Frauen hier stehen alle für sie ein.“

„Das ist die schmählichste Unwahrheit!“ rief Mrs. Walter weiter, aber der Richter bedeutete ihr nur, sich ruhig zu verhalten, sonst würde der Saal geräumt werden.

Dina's Anwalt suchte dadurch, daß er an den Zeugenaussagen der vorigen Verhandlung festhielt, zu beweisen, daß die Aussagen dieser Zeugen auf einem Mißverständnis beruhen müßten, einer zufälligen Aehnlichkeit, oder daß sie durch Mr. Plummer's Geld bestochen wären. Er erklärte, es müßte weit gekommen sein, wenn das Gericht von Minneapolis auf die Aussagen einer so wohlbekannten Dame, wie es die letzte Zeugin sei, ein Urteil fällen würde und er hoffte, daß die Herren Schöffen jetzt, wie das erste Mal, die Unschuld vor Gerechtigkeit schützen würden trotz aller schlauen Gegenpläne.

Plummer's Anwalt lehnte sich mit zufriedenem Lächeln in seinen Stuhl zurück und zwirbelte mit seiner Uhrkette; er wußte ja im voraus, wie die Schöffen urteilen würden. Es hatte ihm nicht so wenig Mühe verursacht, zu bewirken, daß einige Leute zu Schöffen gewählt wurden, die in irgend einer Weise von Herrn Plummer abhängig waren und die nicht so leicht seinen Sohn verurteilen würden. Das Urteil lautete daher auch einstimmig auf Freisprechung, sowie, daß Dina Nilsen die Prozeßkosten zu tragen habe.

Ein herzzerreißender Schrei ertönte und ehe man es verhindern konnte, war Dina Nilsen in den Saal gesprungen. Sie hob die Arme wie im Wahnsinn empor und rief:

„Und ich lade Frank Plummer vor den Richterstuhl des Ewigen, wo Gerechtigkeit zu finden ist! Gott vergebe ihm!“ Und die Hände gegen das Gesicht gepreßt, lief sie hinaus. Die Menge wich tief erschüttert vor ihr nach beiden Seiten auseinander. Der Kutscher wollte ihr nacheilen, aber man winkte ihn mit Beleidigungen.

„Laßt mich durch! Laßt mich durch!“ rief er und bahnte sich den Weg, „sie thut sich noch ein Leid an.“

Am Ausgang stand Mrs. Walter und schlug ihm auf die Schulter.

„Eine wahre Schmach, aber wir bezahlen natürlich die Kosten!“

Daniel Nilsen achtete nicht auf ihre Worte, er lief nur davon nach Hause.

Er mußte bisweilen stehen bleiben und Atem holen, er vertrug es nicht, wohlbeleibt, wie er war, so schnell zu laufen, aber es galt, nicht zu spät zu kommen. Er riß die Thüre zur Wohnung auf. Da saß die Nachbarin, die erfucht war, inzwischen nach dem Kinde zu sehen.

„Ist meine Tochter nicht hier gewesen! — Ach Gott, wo ist sie nur hin! Zum Fluß! Zum Fluß!“

Er lief zur nächsten Brücke, derselben Stelle, wo Mrs. Walter sie an jenem Abend gefunden hatte. Er sah einige Männer an der andern Seite hin- und herlaufen und winken und auf einige hinzeigen die im Begriffe waren, ein Boot hinauszuschieben.

„Was ist passiert?“ rief Daniel Nilsen.

„Ach, ein Frauenzimmer hat sich ins Wasser gestürzt, sie treibt jetzt unter den Eisschollen dahin!“

Ohne ein Wort zu sagen, sprang Daniel Nilsen ins Boot, ergriff eine lange Stange, die dort lag und schob das Boot mit kräftigem Stoß hinaus.

Er sah unter den Eisschollen es wie einen Streifen ihres Kleides dahinschießen.

27. Kapitel.

Es war zwei Tage später. Bei Plummer's sollte gelegentlich von Frank's Freisprechung und der Heimkehr von Charles Bradford und Fanny, die endlich den Bitten der Familie nachgegeben hatten und nach Minneapolis zurückgekehrt waren, um nun dort ihr Heim aufzuschlagen, ein Fest gegeben werden.

Mrs. Plummer segelte rot und eifrig umher, und ihr Schwiegersohn half ihr bei den Dekorationen. Man hatte bereits begonnen, die Kronleuchter anzuzünden und erwartete allmählich die Gäste. Die Arbeit ringsin der Stadt ruhte und die Arbeiter wanderten mit ihrem Eßkorb am Arm heim. Da tauchte plötzlich auf Bridge Square eine wunderliche Gestalt auf. Ein alter Mann, in bloßem Kopfe, trotz der strengen Kälte, kam daher und schob einen Handkarren vor sich her. Auf dem Karren lag ein totes Frauenzimmer, starr wie Eis, von deren Kleidern Eiszapfen herabhingen. Der Mann mußte wahnsinnig sein; denn er ging und rief, indem er den Karren vor sich herschob, mit heiserer Stimme, so daß man kaum deutlich unterscheiden konnte, was er sagte:

„Brüder! Brüder! seht diese hier! Das ist meine Tochter — sie ist ermordet — von Frank Plummer ermordet! Sie war unschuldig und rein, wie die Lilie auf dem Felde, er aber notzüchtigte sie und leistete dann einen Meineid, daß sie ein öffentliches Frauenzimmer wäre. Und ich kann kein Recht gegen ihn erhalten!“

Die Leute scharten sich um ihn. Daniel Nilsen war mit seinem Karren an dem elektrischen Lampenständer stehen geblieben, er richtete seine Tochter auf und lehnte sie gegen den Mast, so daß das fahle elektrische Licht über die traurige, starre Gestalt hinfloß. Sie bleich wie ein Gespenst dastand.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189803l1-14/fragment/page=0002

Ebenso konnte man vom Turmbau zu Babel die Herbeiführung einer Einheitssprache erwarten!

*** **Das fällige Bahnunglück** passierte in Kempen bei Posen. Ein Dienstag früh 1/4 10 Uhr von Jarotschin kommender Güterzug überfuhr das Haltesignal und fuhr auf einen in Bewegung befindlichen Rangierzug. Der Zugführer wurde schwer, ein Bremser leicht verletzt. Beide Lokomotiven und 15 Wagen sind zum Teil stark beschädigt. Der Verkehr wurde nach zwei Stunden wieder aufgenommen. — Der abends 6 Uhr von Lübeck nach Eutin abfahrende Zug entgleiste kurz hinter Lübeck. Drei Wagen und die Lokomotive wurden umgeworfen. Der Zugführer wurde am Kopfe schwer verletzt. Von den Passagieren erlitt niemand Beschädigung.

Zur Wahlbewegung.

Die Nationalliberalen werden jetzt überall im Reiche von dem Bunde der Landwirte mit Hilfe der Antisemiten an die Wand gedrückt. Im Wahlkreis **Mannheim-Schwetzingen**, der 1893 nur 815 antisemitische Stimmen aufbrachte, hat Liebermann v. Sonnenberg in einer Versammlung, die fast nur aus den Kerntruppen der Nationalliberalen bestand, ohne Widerspruch zu finden, den Konsul Köster aufgestellt, natürlich im Auftrage des Bundes der Landwirte, wie in Zentrumsblättern konstatiert wird.

In **Züllichau-Crossen** wird an Stelle des Amtsrats Uhden, der für den russischen Handelsvertrag gestimmt hat, Dr. Beer aufgestellt.

In **Gerdauen-Rastenburg** stellen die Agrarier ihren Vorkämpfer, den Landrat Grafen Klinkowström auf.

In **Breslau-Land** kandidiert gegen den Grafen Limburg-Stirum der antisemitische Rentier Dittmar.

In **Kalbe Aschersleben** unterstützt der Bund den Antisemiten Bindewald gegen den bisherigen Vertreter, den nationalliberalen Dr. Plache.

Im **zweiten anhaltischen Wahlkreise** wird der Bund in der Stichwahl den Sozialdemokraten unterstützen, den er dem Abg. Rösicke gegenüber für das kleinere Uebel hält.

Im Wahlkreis **Liegnitz** ist von sozialdemokratischer Seite der Redakteur Julius Bruhns aus Breslau als Reichstagskandidat aufgestellt worden.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 10. März 1898.

*** **Die Mittelschulen** schießen jetzt überall wie Pilze aus der Erde. Sie verdanken ihre Entstehung dem Umstande, daß es den bisherigen Bürgerschulen zukünftig gesetzlich nicht mehr gestattet wird, Schulgeld zu erheben. Die bürgerlichen Gemeindevertretungen protegieren die Bildung von Mittelschulen in erster Linie aus dem Grunde, weil dieselben bei leidlicher Frequenz noch etwas einbringen; die Mittelschulen sind Standesschulen, deren Entstehung ein wahrer Volks- und Menschenfreund keinen Vorschub leisten kann. Wozu eine Trennung der Volksschüler nach dem Geldbeutel ihrer Väter; Fünf Sechstel der Arbeiterkinder können diese Standesschulen nicht besuchen, weil die Väter bei ihrem kärglichen Lohne 30—40 M. Schulgeld pro Kind zu zahlen nicht im stande sind.

Anzustreben ist nur die allgemeine achtklassige Volksschule in bester Organisation, welche die Kinder aller Stände zu besuchen haben. Die etwa besseren Unterrichtserfolge der Mittelschule — das mag sich Herr Mittelschul-Rektor Göge nur gefallen lassen — sind nicht gewährleistet durch die Mittelschul- oder Rektor-Qualifikation ihrer Lehrer, sondern durch die Organisation der Unterrichtsanstalt. Es liegt auf der Hund, daß ein Mittelschullehrer mit 45 Schülern, den besten Lehrmitteln und gewissenhafter häuslicher Ueberwachung bessere Erfolge aufweisen muß, als sein Volksschulkollege, der sich in überfüllten Klassen mit 70 bis 80 Schülern, denen zum Teil die notwendigsten Bücher fehlen, abrackert. Man setze die Klassen-Frequenz für Volksschulen auf die Höchstzahl von 45 herab und die Mittelschulen — sind überflüssig. Wir haben nichts dagegen, wenn an den so organisierten Volksschulen der Unterricht in der Oberstufe von Lehrern erteilt wird, welche die Mittelschul- bezw. Rektor-Prüfung absolviert haben und denen dafür ein besonderes Aequivalent gewährt wird.

*** **Bloß 35 Prozent** vermag die Halleche Maschinenfabrik und Eisengießerei ihren Aktionären als „schwerverdienten" sauren Schweiß zu übermitteln. Gab es doch voriges Jahr noch 40 Proz. und heuer muß man sich mit 5 Proz. weniger begnügen. Es ist kein Wunder, wenn die Aktionäre der Halleschen Maschinenfabrik anfangen, unzufrieden zu werden, wenn sie sehen, daß sie in einem Jahre 5 M. von hundert weniger mit dem schweren Werkzeug, genannt Kouponschere, sich erarbeitet haben. Na, sie werden sich aber trösten mit dem Gedanken: „Nichtsthun und von jedem Hundert eingelegten Kapital noch 35 M. Entschädigung zu erhalten, ist das schlechteste Geschäft noch lange nicht." Das meinen wir auch. — Die Halleche Maschinenfabrik ist bekanntlich diejenige, die ihre Arbeiter durch das Prämiensystem, durch Fabrikfeste und sonst dergleichen so willenlos gemacht hat, daß der größte Teil derselben für die Bestrebungen der Arbeiter, durch Organisation und Koalition ihre Lage zu verbessern, keinen Sinn und kein Interesse hat. Sie bezahlt einen niedrigen Stundenlohn und giebt dann jedes Jahr eine gewisse Dividende an ihre Arbeiter. Ein Teil derselben meint nun, die Fabrik habe ihnen etwas geschenkt und kann nicht genug Worte des Lobes dafür finden, während es doch für jeden denkenden Arbeiter klar ist, daß dies lediglich der Lohn ist, den ihnen die Fabrik im Stundenlohn zu wenig gegeben hat. Die Fabrikleitung hängt sich mit diesem Prämiensystem das Mäntelchen der christlichen Wohlthätigkeit um und die bürgerliche Presse bringt spaltenlange Artikel über die Hochherzigkeit der Unternehmer. So wird's gemacht. — Und die Arbeiter? Sie verzichten infolge dieses Danaergeschenks auf jede selbständige Regelung ihres Lohn- und Arbeitsverhältnisses und sinken zu willenlosen Sklaven des Unternehmertums herab. Ja, es muß leider gesagt werden, daß sogar drei Fabrikgesangvereine bestanden — ob sie noch bestehen, ist uns momentan nicht bekannt — die durch Gesang die Feste der Arbeiter und Unternehmer verschönten. Nun, auch diese Arbeiter werden noch einsehen, und vielleicht haben es manche infolge der beginnenden Krise und der dadurch auch in der Halleschen Maschinenfabrik bedingten Arbeitslosigkeit schon eingesehen, daß nur eine stramme gewerkschaftliche und politische Organisation im stande ist, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter keine Prämien, die Aktionäre aber auch keine 35 Proz. Dividende brauchen.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Max Dreyers Komödie „In Behandlung" wird am Freitag zum letztenmale wiederholt. Hierauf gelangt das Ballett „Weingeister" zur Aufführung. Die Vorstellung ist im Farbenabonnement. Am Sonnabend gastiert Herr Alfred Rittershaus vom königl. Theater in Lissabon als Lohengrin.

* **Aus dem Bureau des Thalia-Theaters.** Das Ensemble des Ibsen-Theaters aus Leipzig setzt am Freitag sein Gastspiel fort. Zur Aufführung gelangt das Drama „Der Erdgeist" von Frank Wedekind. Anfang 8 Uhr.

Cröllwitz. Mittwoch, den 9. März, tagte in der Bergschenke eine öffentliche Gemeindewähler-Versammlung. Genosse Albrecht aus Halle sprach über die bevorstehende Gemeinderatswahl und das sozialdemokratische Kommunalprogramm. In ausführlicher Weise bespricht der Referent die bei den Wahlen in Betracht kommenden Bestimmungen der Landgemeindeordnung, und unterzieht das Dreiklassen-Wahlgesetz einer vernichtenden Kritik. Hierauf erläutert Redner ausführlich das für die Gemeinderatswahl festgesetzte Programm. Dasselbe lautet:

1. Verbesserung der Volksschule, Hebung ihrer Lehrziele. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Verpflegung der bedürftigen Schüler und Schülerinnen auf Kosten der Gemeinde.
2. Verweigerung aller Aufwendungen aus der Gemeindekasse zu öffentlichen Feierlichkeiten, kirchlichen und religiösen Zwecken.
3. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel; Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
4. Bessere und schnellere Regelung des Straßenbauwesens, Ausführung der Gemeindearbeiten in eigener Verwaltung.
5. Auskömmliche Armenpflege; den Unterstützten dürfen die kommunalen und politischen Rechte nicht entzogen werden.
6. Errichtung eines Freibades und Erbauung eines Krankenhauses, in das die bedingungslose Aufnahme erkrankter hiesiger Personen stattzufinden hat; Kontrolle über gesundheitsschädliche Wohnungen.
7. Aufhebung des Brückengeldes.

Mit dem Appell an die Versammlung, einmütig für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten, sich nicht davor zu scheuen, auch öffentlich seine Stimme für den elben abzugeben, schließt Redner seine trefflichen Ausführungen. Der reiche Beifall und die einstimmige Annahme nachstehender Resolution beweisen, daß alle damit einverstanden, dieselbe lautet:

Die heute, den 9. März, in der Bergschenke zu Cröllwitz tagende öffentliche Gemeindewähler-Versammlung erklärt sich voll und ganz mit den Ausführungen des Genossen Albrecht einverstanden und verpflichtet sich, mit aller Kraft für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.

Eine lebhafte Diskussion knüpfte sich an den Vortrag und wurden verschiedene Mißstände in der Gemeinde zur Sprache gebracht.

Bei Punkt 2 der Tagesordnung: „Aufstellung eines Kandidaten", wird einstimmig der

Schlosser Heinrich Koch

als solcher proklamiert. Die das Bureau der Versammlung bildenden Genossen Immerschiedt, Kunze und Arndt werden einstimmig in das Wahlkomitee gewählt und sind alle Angelegenheiten und Fragen betreffs der Wahl an dasselbe zu richten.

Nachdem noch der Antrag angenommen, die Abschrift der Wählerlisten zu fordern und verschiedene Fragen erledigt sind, wird die Versammlung unter dem Hinweis des Vorsitzenden, nun kräftig für den aufgestellten Kandidaten zu agitieren, geschlossen.

Merseburg. In der letzten stattgefundenen Volksversammlung ist Unterzeichneter als Vertrauensmann für Merseburg gewählt worden und bitte alle diesbezügliche Zuschriften nur an untenstehende Adresse zu schicken. Auch ergeht an alle Genossen die Aufforderung, wegen der bevorstehenden Reichstagswahl sich an der Agitation recht zahlreich zu beteiligen, sowie in materieller Hinsicht ihre Pflicht zu thun.

A. Thieme, Schneidermeister,
Sixtiberg 25.

Zeitz. Die hiesigen Dachdecker hatten vor 14 Tagen an ihre Arbeitgeber das Ersuchen gestellt, anbetrachts ihrer gefährlichen Arbeit und der sich immer teurer gestaltenden Lebenshaltung den Lohn von 31 Pf. auf 35 Pf. per Stunde zu erhöhen. Die Arbeitgeber sind diesem Ansuchen nachgekommen und zahlen vom 1. April ab den verlangten Lohn, was immerhin anzuerkennen ist. Die Dachdeckergesellen haben sich gleichzeitig insgesamt ihrem Verband angeschlossen.

Naumburg. Zum Maurerstreik. Wenn die Naumburger Bauunternehmer geglaubt haben, daß die Maurer nach den ersten Tagen wieder zu Kreuze kriechen werden, so haben sie sich ganz schauderhaft geschnitten. Es ist ein Zusammenhalt ohne gleichen unter den Streikenden, ein Zusammenhalt, wie er beinahe unerhört ist. Von den hiesigen Streikbrechern, die vorher schon einem Hunde ohne Schwanz glichen, fallen tagtäglich immer noch einige ab, so daß jetzt nur noch bei zwei Unternehmern ein paar Auch Kollegen arbeiten. Außerdem arbeiten auf dem Kadettenhausbau ca. 20 Italiener, jedoch auch hier ist die Hoffnung der Unternehmer zu Schanden geworden. Schon in der vorigen Woche suchten sie Logis für 100 Italiener; ob sich ein Naumburger Bürger schon gemeldet hat, der die italienischen Streikbrecher aufnehmen will, hat man noch nicht gehört, und ebenso ist auch der Glaube verbreitet, daß die 100 Italiener, die hier den Unternehmern Vorspanndienste leisten sollen, erst geboren werden müssen. Daß es auch nicht an den nötigen Polizeimaßregeln fehlt, ist ja ziemlich selbstverständlich.

Am letzten Sonntag fand eine Streikversammlung statt, die zum Brechen gefüllt war, und nach Schluß der Versammlung verhaftete man mehrere Kollegen, und trotzdem dieselben vollkommen still und ruhig mit gingen, wurden dieselben getnebelt und in solchem Zustande durch die Stadt geführt. Man ist ja zwar derartige Zustände schon gewöhnt, es ist ja dies nichts Neues mehr, aber hüten sollte man sich doch, der ganzen Naumburger Bevölkerung und dem Gewissen aller derjenigen, die auf Seite der kämpfenden Maurer stehen, einen solchen Faustschlag ins Gesicht zu versetzen. Und dabei hat man fast nur Leute verhaftet, die überhaupt nicht an dem ganzen Krawall in der Nacht vom 5. bis 6. März beteiligt waren; also völlig unschuldige Menschen geknebelt! Wenn aber die Unternehmer gehofft hatten, und einer der Beamten sprach das offen aus, daß durch diesen Polizeikoup die Streikenden es mit der Angst kriegen würden, und am Montag demütig ihren Herren Meistern vor die Füße fallen würden, so hatten sie sich eben wieder einmal, wie so oft schon, getäuscht.

Naumburg. Zum Maurerstreik. Für die hiesigen Arbeiter besteht hier so ziemlich ein kleiner Belagerungszustand. Wer sich im Arbeitskleide am Bahnhof oder an Bauten blicken läßt, wird zurückgewiesen und riskiert noch schlimmeres. Es ist ein regelrechter Patrouillendienst eingerichtet um im Interesse der Streikbrecher „Belästigungen" zu vermeiden. Ein Engländer, der so was sähe, würde vor Erstaunen die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen. Als einst bei einem großen Bergarbeiterstreik in Wales schottische Arbeiter von den Unternehmern als Streikbrecher in Masse importiert wurden, hielten die Streikenden, ohne natürlich die Polizei zu fragen, eine Versammlung ab, um zu beraten, wie die Fremden möglichst bald abzuschieben seien. Es wurde bekannt gemacht: alle Streikbrecher hätten sofort abzureisen. Wäre auch nur einer am Abend noch da, so würde es ihm übel bekommen! Trotz des Gejammers der Weiber und Kinder der fremden Arbeiter wurde doch erzwungen, daß alle abreisten. Es fiel weder der Polizei noch dem Militär ein, sich irgendwie einzumischen. Sie sahen ruhig zu. Nun stelle man sich vor, wie die Sache hier abgelaufen wäre! Sicherlich hätte man bei uns die Kleinkalibrigen in Wirksamkeit treten lassen. Anklagen wegen Landfriedensbruch wären massenhaft erhoben und die Gefängnisse und Zuchthäuser wären mit Umstürzlern bevölkert worden. Unsere Liberalen und Unentwegten rühmen die englische Freiheit, aber nur die Freiheit, die — sie meinen! Welches Geschrei würden gerade sie erheben, wenn ein Wurder geschähe und wenn es irgend einer deutschen Regierung einfallen sollte, den Arbeitern das Maß von Freiheit zu gewähren, das jeder Engländer als ganz selbstverständlich ansieht! Unsere Regierung ist eben weiter nichts als der durch Waffengewalt gestützte Verwaltungsausschuß der herrschenden Kapitalisten und Unternehmer. Das muß bald genug auch dem letzten denkenden Arbeiter klar werden. Und die rechte Freiheit muß wie in England von den Arbeitern erkämpft werden!

Eilenburg. Am Montag nachmittag geriet der Arbeiter Göttsching aus Paschwitz zwischen die Puffer zweier Güterwagen und war sofort eine Leiche. Der Brustkasten wurde ihm vollständig eingedrückt. Der Verunglückte, ein noch junger, rüstiger Mann, war erst seit Oktober v. Js. verheiratet.

Herzberg. Eine Blutvergiftung durch das sogenannte Blauen der Wäsche zog sich die Witwe Feichte zu; der Arm schwoll bedeutend an und sie mußte zur Operation in die halleiche Klinik geschafft werden. Eine unbedeutende Handverletzung war die Veranlassung zur Blutvergiftung.

Nordhausen. Vom Schwurgerichte wurde der frühere Postbilfsbote Rheinländer aus Lindewerra wegen Unterschlagung von Postanweisungsbeträgen zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren 6 Monaten verurteilt. Wie sagte doch Goethe:

Nur laßt den Armen schuldig werden
Dann übergebt ihr ihn der Pein.

Erfurt. Erhängt hat sich im Krankenhause an einem Bettpfosten der 51jährige Zimmermann Franz Lindner. Das Motiv dürfte in den großen Schmerzen zu suchen sein, die er zu erleiden hatte. — Ein Restaurateur versuchte sich zu erschießen; es gelang ihm aber nicht und so liegt er jetzt hoffnungslos darnieder.

Zur Gemeinderatswahl in Trotha.

Die Stichwahl zwischen dem Kaufmann Schubert und dem Milchhändler Banse findet, wie bereits gemeldet, morgen

Freitag, nachmittags 5 Uhr

im Kaffeegarten statt.

Wahlberechtigt ist jeder Trothaer Einwohner, der 24 Jahre alt ist, mindestens ein Jahr in Trotha wohnt und zu den Kommunallasten beisteuern muß.

Die preußische Staatsangehörigkeit ist zum Wählen nicht erforderlich, es kann jeder Bayer, Sachse, Württemberger u. s. w. das Wahlrecht ausüben, wenn er nur sonst den vorgeschriebenen Bedingungen genügt.

Wenn man sich nun entscheidet, welchem von den beiden in Betracht kommenden Kandidaten man seine Stimme geben soll, so dürfte diese Entscheidung nicht schwer sein, da es sich vor allem darum handelt, einen Mann in den Gemeinderat zu bringen, der jederzeit für die Interessen des arbeitenden Volkes eintritt. Herr Kaufmann Schubert, der, nebenbei bemerkt, gewiß ein ganz ehrenhafter Mann ist, verdankt seine Aufstellung zum Kandidaten den Parteien, mit denen die Arbeiter keine gemeinsame Sache machen wollen und können, einfach deshalb nicht, weil diese Parteien doch schließlich die Forderungen der Arbeiter bekämpfen.

Es mag zugegeben sein, daß die sogenannte Opposition in unserem Gemeinderate, zu der auch Herr Schubert sich bekennt, auf jede Art und Weise ihren Standpunkt verfocht sowohl dem Gemeindevorstand gegenüber wie der Aufsichtsbehörde. Aber wenn es sich um Arbeiterfragen handelt, da steht das ganze Kollegium auf alle Fälle herzlich einträchtig zusammen, um diese zu bekämpfen. Selbst wenn die einzelnen Mitglieder des Gemeinderats das auch nicht thun würden, so werden sie von ihren Wählern dazu gezwungen kraft der Stellung, die sie im bürgerlichen Leben einnehmen.

Solche Kandidaten kann die Arbeiterschaft nicht brauchen. Sie muß Leute wählen, die frei und offen für ihre Wähler eintreten, die da wissen, was denselben not thut und für was sie eigentlich im Gemeinderate sind.

Welche Ansichten vertritt Herr Schubert? Niemand weiß es, höchstens einige Freunde von ihm. Wenn die Arbeiterschaft ihn wählen wollte, so müßte sie erst wissen, was er über die verschiedenen öffentlichen Angelegenheiten einer Gemeinde denkt. Aber Herr Schubert hat kein Programm, er will bloß auf seine Person hin gewählt sein. Das kann und thut die Arbeiterschaft nicht. Sie will wissen, welche Ziele ihr Kandidat hat. Deshalb hat sich auch der von den Arbeitern proklamierte Kandidat

Milchhändler Wilhelm Banse

ein festes Programm gesetzt, das durchzuführen, er alles daran setzen wird.

Dieses Programm lautet:

1. Verbesserung der Volksschule, Hebung ihrer Lehrziele, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Verpflegung der bedürftigen Schüler und Schülerinnen auf Kosten der Gemeinde.
2. Verweigerung aller Aufwendungen aus der Gemeindekasse zu öffentlichen Feierlichkeiten, kirchlichen und religiösen Zwecken.
3. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel; Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
4. Bessere und schnellere Regelung des Straßenbauwesens, Ausführung der Gemeindearbeiten in eigener Verwaltung.
5. Auskömmliche Armenpflege; den Unterstützten dürfen die kommunalen und politischen Rechte nicht entzogen werden.
6. Errichtung eines Freibades und Erbauung eines Krankenhauses, in das die bedingungslose Aufnahme erkrankter hiesiger Personen stattzufinden hat; Kontrolle über gesundheitsschädliche Wohnungen.

Die Forderungen, die darin aufgestellt sind, können und müssen von jedem Trothaer Einwohner unterschrieben werden. Gerade in unserer Gemeinde, die in sehr raschem Aufblühen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189803l1-14/fragment/page=0003

begriffen ist, bedarf es unbedingt der Durchsetzung der gewiß nur berechtigten Forderungen. Und auf diese Forderungen hat sich Genosse Banse verpflichtet.

Es ist deshalb selbstverständlich, daß sich die Stimmen aller Arbeiter, Kleingewerbetreibenden und kleinen Geschäftsleute nur auf

Wilhelm Banse

vereinigen. Gerade die Arbeiter, die in Trotha das Gros der Einwohnerschaft bilden, haben ein Recht dazu, daß auch ein Gesinnungsgenosse von ihnen in der Gemeinde-Verwaltung sitzt.

Wohl ist die Wahl öffentlich; aber das darf niemand hindern, für den Genossen Banse zu stimmen.

Schon die Hauptwahl hat bewiesen, daß die Trothaer Arbeiter und kleinen Geschäftsleute diese Oeffentlichkeit der Wahl durchaus nicht scheuen. Das muß auch bei dieser Wahl, und zwar in erhöhtem Maße geschehen. Wir haben bei der Hauptwahl 108 Stimmen auf unseren Kandidaten vereinigt, wir müssen diesmal noch viel mehr Stimmen haben, um zu siegen. **Denke keiner, auf seine Stimme kommt es nicht an, bei der diesmaligen Wahl giebt auch nur eine Stimme den Ausschlag.** Scheue auch keiner die kurze Spanne Zeitversäumnis; es ist richtig, der Arbeiter benötigt auch den Lohn für die Zeit, die ihm durch das Wählen verloren geht, sehr. Aber er wird auch dieses überwinden, wenn er die Genugthuung hat, daß unser Kandidat als Sieger aus der Urne hervorgegangen ist.

Und nun Genossen, Arbeiter von Trotha: Auf zur Wahl! Zeigt, daß ihr im stande seid, euren Willen durchzusetzen wenn ihr nur wollt. Schaut hin nach dem kleinen Diemitz, daselbst hat ein Kandidat der Arbeiter gesiegt. Laßt euch durch diesen kleinen Ort nicht beschämen.

Ihr habt bei der Hauptwahl euch so brav und wacker gehalten, zeigt, daß ihr auch noch größere Opfer bringen könnt. Ermuntert alle eure Arbeitskollegen und Bekannte zum Wählen und tretet alle fest und einmütig ein für den Kandidaten der Arbeiter, denn nur durch geschlossenes Vorgehen können und müssen wir siegen

Deshalb müssen sich alle Stimmen vereinigen auf den

Milchhändler Wilhelm Banse.

Aus dem Reiche.

Berlin. Ein Ahlwardt-Skandal. Berliner Blätter berichten: In einer Versammlung dieses Mannes meldete sich ein junger Mann, Namens Blankenburg, zum Wort, den Bodeck, Ahlwardts ständiger Begleiter, als Vorsitzender ersuchte, in seiner Rede nicht zu verletzen. Daran knüpfte Blankenburg an und erwiderte: Gerade Ahlwardt sei es, der in seinen Reden immer verletze. (Tumult und Rufe: „Jude!" „Haut ihn!") Ahlwardt wisse immer mehr als alle Geheimkabinette. So habe er gelagt, wegen des Zola-Prozesses habe Deutschland vor einem Kriege mit Frankreich gestanden, dem General Mercier seien vom Dreyfus-Syndikat zwei Millionen Francs geboten worden. Das habe sich Ahlwardt, wie schon vieles andere, wieder einmal aus den Fingern gesogen. (Tumult. Ruf: „Du bist ein Jude!") Redner fortfahrend: „Was ist denn dabei?" „Ja ich bin ein Jude!" (Großer Lärm und Rufe: „Raus mit dem Juden!" Bodeck bittet um Ruhe.) Blankenburg weiterfprechend: „Vor Ahlwardt kann man keine Achtung haben." Weiter kam Redner nicht: Großer Tumult folgte dieser Erklärung. Bodeck erwiderte: Redner habe es eigentlich nur seinem, des Vorsitzenden, Anstandsgefühl zu danken, eigentlich hätte er eine Ohrfeige für die Ahlwardt zugefügte Beleidigung verdient. (Rufe: „Sehr richtig!"). Blankenburg und Bodeck, die sich gegenüber standen wurden plötzlich handgemein. Blankenburg trat dann auf Ahlwardt zu und schlug mit der flachen Hand nach dessen Gesicht. Im selben Moment wurde Blankenburg von dem die Versammlung überwachenden Polizeileutnant festgehalten und durch einen Schutzmann aus dem Saale gebracht.

Sammlung.

Merseburg. Bei einer Geburtstagsfeier bei Rudolf gesammelt, darunter 10 Pf. von einem Patrioten, durch Hermann Julich 2 M. — Vom Skat bei Sack durch Hugo Thomas 38 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

L. B., Eisleben. Nicht geeignet wegen verschiedener früherer Vorkommnisse in dieser Angelegenheit. Vielleicht ein andermal. Im voraus besten Dank.

C. R. 1. Kann in Zukunft auf Wunsch auch wegbleiben. 2. Wird stets gemacht. Im übrigen dankend angenommen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 8 März.

Aufgeboten: Der Kaufmann Wiesener und A. Thote (Fleischerstraße 1 u. Zörbig). Der Postschaffner Kirchner und Hedwig Knoche (Frankleben und Thomasstraße 31). Der Maschinist Schulze und Marie Kühnel (Wittenbergerstraße 109 und Alte Promenade 6). Der Fleischermeister Hecklau und Alwine Wehner (Halle und Torgau). Der Werkführer Rudolph und Agnes Müller (Martinstraße 3 und Großkühl). Der Postschaffner Richter und Martha Wagner (Eisleben). Der Schneider Walther und Julia Radestyk (Krausenstraße 22 und Eisleben). Der Handarbeiter Wertzer und Antonie Ulrich (Niederwünsch und Göhrendorf). Der Medizinal-Drogist Schulze und Emma Jordan (Gr. Ulrichstraße 30 und Buckau). Der Gymnasiallehrer Dr. Lorenz und Johanne Friedrich (Delmold und Altdorf).

Eheschließungen: Der praktische Arzt Dr. med. Ziegler und Klara Thierichens (Weißwasser und Bernburgerstraße 37). Der Kaufmann Schmeißer und Elisabeth Lust (St. Märkerstraße 9 und Rannischestraße 8). Der Zuschneider Röder u. Maria Wachsing (Alter Markt 22 und Wolfstraße 22).

Geboren: Dem Telegraphenarbeiter Siebenhüner ein S. (Dessauerstraße 13). Dem Kaufmann Koch ein S. (Gr. Steinstraße 53). Dem Fleischer Bagang eine T. (Böttgerhöhe 48). Dem Fabrikarbeiter Finsterwalder eine T. (Zwingerstraße 16). Dem Gießhobler Lippert eine T. (Jakobstraße 43). Dem Maler Schattke ein S. (Fritz-Reuterstraße 13). Dem Maurerpolier Wehl eine T. (Thorstraße 35). Dem Handarbeiter Weblau eine T. (Augustastraße 7). Dem Fabrikarbeiter Obst ein S. (Thorstraße 18). Dem Tischler Kitzes eine T. (Zenkerstraße 14). Dem Tapezierer und Dekorateur Weber ein S. (Thorstraße 22). Dem Lederschneider Pfeifer eine T. (Mittelstraße 13). Dem Bahnarbeiter Ordnung ein S. (Gr. Sandberg 18). Dem Schuhmachermeister Hinckle ein S. (Schillerstraße 32). Dem Monteur Kitzan ein S. (Schweinichenstraße 36). Dem Handarbeiter Stadtmüller ein S. (Friedrichstraße 53).

Gestorben: Des Dekorationsmaler Zander Ehefrau geb. Zwarg, 58 J. (Kirmsstraße 33). Des Tischler Schmidt S., 1 J. (Diakonissenhaus). Des Schneidermeister Fröhlich S., 11 M. (Mansfelderstraße 48). Luise Böhler, 66 J. (Riebeck-Platz). Des Schmiedemeister Knauth T., 3 M. (Neumarktstraße 11). Der Arbeiter Böttcher, 30 J. (Klinik).

Für die Redaktion verantwortlich: M. Weitmann in Halle.

Zum Schulanfang!

Tornister und Schultaschen,
in nur guten haltbaren Qualitäten, hervorragend billig.
Schiefertafeln, Federkasten etc.
C. F. Ritter, Leipzigerstraße 90.

Allgemeiner Konsum-Verein Halle a. S.

Den Mitgliedern zur gefl. Nachricht, daß mir der **Vorstand des Allgemeinen Konsum-Vereins** eine Verkaufsstelle von

Herren- und Knaben-Garderoben

übertragen hat.

Rabatt: Bäckermarken oder Barauszahlung der Prozente.

Gr. Ulrichstrasse **36.** **S. Meyer.** Gr. Ulrichstrasse **36.**

Nahe der Alten Promenade.

C. Hammer
Uhrenhandlung
Leipzigerstraße 42.

Wecker
mit Absteller
M. 2.50.
2 Jahre Garantie.

Regulateure
mit Schlagwerk
von **10.00 M.** an.
2 Jahre Garantie.

Taschenuhren
in großer Auswahl.
Cylinder-Remontoir
mit Goldrand
M. 10.00.
2 Jahre Garantie.

Leser dieser Zeitung 10 Prozent Rabatt.

Reparaturen:

Neue Feder einsetzen	1 M.
Neues Uhrglas	10 Pf.
Neuer Uhrzeiger	10 „
Neuer Uhrring	10 „
Neuer Uhrschlüssel	5 „

Für jede Reparatur 1 Jahr Garantie

Geschäfts-Verlegung.
Meiner werten Kundschaft, sowie Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich mit heutigem Tage meinen
Barbier- u Haarschneide-Salon von Thorstr. 21 nach **Lerchenfeldstr. 7** verlegt habe. Indem ich versichere, daß es wie bisher, mein Bestreben sein wird, nach jeder Richtung zufrieden zu stellen, halte ich mein Geschäft einem geehrten Publikum bestens empfohlen und zeichne
Hochachtungsvoll **R. Voigt,** Barbier.

Massage- und Dampf-Bade-Anstalt, Zeitz
Altenburgerstraße Nr. 51 (Altenburger Hof).
Täglich geöffnet: von 8—1 Uhr und 5—8 Uhr f. Herren, von 1—5 Uhr f. Damen. Sonntags von 8—1 Uhr nur für Herren.

Donnerstag **Schlachte-Fest.** **Rüdiger,** Parkstraße 14.

Freitag **Schlachte-Fest.** **J. Banse,** Advokatenstraße 9a. Verkaufsstelle des Gebichtsteiner Konsum-Vereins

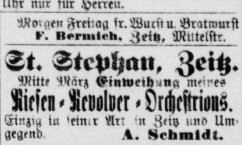
Freitag **Schlachte-Fest.** **A. Krause,** Wörmitzerstraße 9.

Freitag **Schlachte-Fest.** **Franz Naue,** Beesenerstr. 1.

Freitag **Schlachtefest.** **F. Vetter,** Mortitzstraße 8.

Morgen Freitag fr. Wurst u. Bratwurst **F. Bermich, Zeitz,** Mittelstr.

St. Stephan, Zeitz.
Mitte März **Einweihung** meines
Riesen-Revolver-Orchestrions.
Einzig in seiner Art in Zeitz und Umgegend. **A. Schmidt.**



Sprotten
per Kiste 1 Mk.
Richard Pfeiffer,
Nikolaistraße 6.

Möbel, Spiegel,
Polsterwaren, Kleiderschränke von 24 M. an, echt Nußb. u. Birke, zu bill. Preisen zu verk. **K. Bieler,** Tischlermstr., Geiststraße 31.

Ein Posten **Militärstiefel,** passend für Arbeiter, billig zu verkaufen. **Giebichenstein,** Gr. Breitenstr. 2.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Freitag den 11. März 1898
Abends 7½ Uhr
173 Reihe. 132 Abonn.-Vorst.
Farbe: gelb.
In Behandlung.
Komödie in 3 Akten von Max Dreyer.
Hierauf:
Weingeister.
Sonnabend den 12. März 1898
Abends 7½ Uhr.
174. Vorstell. 42. Vorst. auß. Abonn.
Lohengrin.
Romantische Oper in 3 Akten R. Wagner.

Thalia-Theater.
Geiststraße 42a.
Freitag den 11. März
5. Ensemble-Gastspiel des Ibsentheaters aus Leipzig.
Der Erdgeist.
Drama in 5 Akten von Frank Wedekind.

Kanarien-Vögel,
Hähne u. Weibchen werden Freitag, Sonnabend u. Sonntag im **Zentral-Hotel** gekauft.
J. Sondermann

Möbelfuhren werden angenommen **Karl Mohr,** Giebichenst., Auguststr. 58.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Gudera.
Gänzlich neuer Spielplan!
Das **Lepicq-Trio,** Bravour-Luft Gymnastiker am fliegenden Trapez. (Sensationell!) — **Freres Godart,** exzentrische Bravour-Gymnastiker am dreifachen Reck. — Mr. W. Immano mit seiner Meute abgerichteter Pudel Hunde. — Mr. **Jack** und Mlle **Mary,** die musikalischen Babys. Das Brillante **Millennium-Quintett,** amerikanische National-Gesangs- u. Tanz-Gesellschaft. Fräulein **Mizzi Braun,** Gesang, Soubrette. Herr **Karl Ewald** Schlosser, Original-Gesangs-Humorist. Beginn 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

Hochfeine sauere Gurken
in Orhoften und einzeln per Schock
1,70 Mk.
Ia ff. Senfgurken Pfd. 25 Pf.
Pfeffergurken Pfd. 25 Pf.
Ia. Schnittbohnen Pfd. 15 Pf.
Karl Lange,
Fernsprecher 1086. Kl. Ulrichstr. 26.

Rover,
Brennabor, Anschaffungspreis 250 M., verkaufe für 150 M., nur 2 Monate gefahren, krankheitshalber.
Gr. Steinstr. 47, II l.

Otto Knoll's Herren-Garderobe
befindet sich
36 Leipzigerstraße 36
oberhalb des Turmes, gegenüber vom „Roten Roß".

C. Hammer
42 Leipzigstr. 42
Spezialität:
Wecker mit Absteller
M. 2.50.
Versand gegen Nachnahme.
Reparaturen: Federneinsetzen 1 M. Glas. Zeiger. Ühring 8 10 Pf.

Sämtl. Parteischriften
empfiehlt Die Volksbuchhandlung

Konfirmation.
Verkaufe 3 getragene **Herren-Anzüge,** tadellos, darunter ein schwarzer Rockanzug, hoch modern, zur Konfirmation wie geschaffen, für mittlere Figur, für billiges Geld.
Gr. Steinstraße 47, II l.

Kartoffel-Kuchen,
täglich frisch, empfiehlt
Otto Hänel,
Geiststraße 46 und Harz 12.

Einen selbstgefert., wenig gebr., großen **Holzkoffer,** f. Dienstmädchen pass., v. 12 M. b. z. b. **Ed. Thürigen,** Bäckermeister, 47.

Neuer zweisitziger Dog-cart, rothbraun, billig zu verk. Neumarkstraße 12, II l.

Privat-Mittagstisch Schulstr. 1, p.

Schuhmacher-Nähmaschine, gut erhalten, zu kaufen gesucht **Liebenauerstr. 10, p.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallescher Genossenschafts-Buchdruckerei (m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980311-14/fragment/page=0004